

Westerwälder Zeitung

Amtliches Kreisblatt des Oberwesterwaldkreises.

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Wöchentliche Beilage: Landwirtschaftliche Mitteilungen.
Schriftleitung und verantwortlich: C. Ebner, Marienberg.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. 195 24.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei Carl Ebner in Marienberg.
Fernsprech-Ausgang Nr. 87.
Telegramm-Adresse:
Zeitung Marienberg-Westerwald.

Bezugspreis: vierteljährlich 2,55 Mk. monatlich 85 Pfg.; durch die
Post: vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pfg. ohne Bestellgeld.
Anzeigen: Die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg.,
die 3 gesp. Reklamezeile 50 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt.

Nr. 131.

Marienberg, Samstag, den 14. Dezember 1918.

71. Jahrgang.

Amtliches.

Arbeitsuchende sowie Firmen, Handwerker usw., die Stellen anzubieten haben, wenden sich zweckmäßig an die Kreisarbeitsnachweisstelle beim Landratsamt in Marienberg (Zimmer 11).

Die Kreisarbeitsnachweisstelle ist dem Kreisarbeitsnachweis in Limburg a. L. angegliedert.

Stellvertretendes Generalkommando 18. Armee Korps.

Frankfurt a. M., den 5. Dezember 1918.

Noch immer sind viele Kreise der Bevölkerung darüber beunruhigt, daß unter Umständen Angehörige der Jahrgänge 1896—1899 im vom Feinde zu besetzenden oder neutralen Gebiet interniert würden.

1. Demgegenüber wird nochmals darauf hingewiesen, daß jeder Wehrpflichtige — einerlei welchem Jahrgang er angehört — nicht interniert wird, wenn er einen ordnungsmäßigen Entlassungsschein hat.

Was unter einem solchen zu verstehen ist, ist des Bistern bekanntgegeben.

2. Wehrpflichtige — wiederum ohne Rücksicht darauf, welchem Jahrgang sie angehören — die, sei es weil sie reklamiert waren oder sei aus Gesundheitsrücksichten, nicht gebient haben, brauchen nach Ansicht aller maßgebenden Stellen an sich schon nicht zu befürchten interniert zu werden.

Um aber ganz sicher zu gehen und jeden Grund zu derartigen Befürchtungen zu beheben, sind die Bezirkskommandos bezw. im zu räumenden Gebiet die Kontrollämter angewiesen, den Betreffenden einen abgestempelten unterschriebenen Passvermerk des Inhalts anzusetzen, daß sie nie Soldat gewesen sind.

Deshalb müssen sich alle in einer derartigen Lage befindlichen Personen an ihr zuständiges Bezirkskommando bezw. Kontrollamt melden.

Reicht die zur Verfügung stehende Zeit nicht aus, sich noch an das Bezirkskommando zu wenden, so genügt letzten Endes auch eine gleichlaufende ordnungsgemäß ausgefertigte und abgestempelte Bescheinigung der zuständigen Ortsbehörde.

Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats.
Das stellv. Generalkommando 18. A. K.

Stendebach,
Oberleutnant und Abteilungs-Vorstand.

Berlin, den 19. November 1918.

Der gestrige Erlass Nr. 26 enthält folgende Bestimmung:

„Bei Eisenwirtschaft Verwendungsverbote und Freigabeverfahren für Halb- und Fertigfabrikate aufgehoben. Einzelheiten folgen.“

Bautenprüfstellen fallen fort.“

Hiernach sind die nachstehend aufgeführten Bekanntmachungen mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt.

Einzellieferungsbeschränkung f. Roheisen, Rohstahl, Halbzeug, geschmied. und gewalzten Fabrikaten, Flußeisen, Flußstahlformguß und Grauguß, vom November 1918;

Beschlagnahme und Bestandserhebung von eisernen Heizkörpern und Zentralheizungskesseln, vom 20. Oktober 1917;

Einzelbeschlagnahme und Bestandserhebung über Gleismaterial und Betriebsmittel d. Straßenbahnen, vom 13. Februar 1917;

Beschlagnahme und Bestandserhebung von Stab-, Form- und Montierstahl, Stab- und Formstahl, Blechen und Röhren aus Eisen und Stahl, Grauguß, Temporguß, Stahlguß, vom 10. Oktober 1917;

Beschlagnahme von Stacheldraht und Bestandserhebung von Stacheldraht und Stacheldrahtmaschinen, vom 27. September 1917;

Erzeugung des Kriegsmaterials durch Eisen- und Stahlwerke, vom November 1917;

Einzelbeschlagnahme von harten Stahlstrahlen, vom Dezember 1917.

Sämtliche seitens der Rohstahl-Ausgleichsstelle erlassenen Anordnungen und Verfügungen, insbesondere die Bestimmungen des Rundschreibens Nr. 20 des Deutschen Stahlbundes vom 1. Dezember 1918 und die für die Eisen- und Stahllegierungen grundlegende Verfügung der Rohstahlausgleichsstelle vom 5. April 1917 (Zg. Nr. 1. 1918. 3. 17. R. A. S. (H 214. 4. 17. R. A. S.)) werden gleichfalls außer Kraft gesetzt.

Eidesstattliche Erklärungen, Bezugsscheine und Dringlichkeitsscheine, sowie sonstige den Verkehr in Eisen und Stahl regelnde Vorschriften für Bezug und Lieferung kommen damit in Fortfall.

Der Staatskommissar für Demobilisierung.
gez. Koeth.

Berlin, den 18. November 1918.

Betrifft: Wumba-Bewirtschaftung von Werkzeugmaschinen, elektrischen Maschinen, Lokomobilen und landwirtschaftlichen Maschinen.

Der gestrige Erlass Nr. C. B. 242, 11. 18 S. M. A. enthält folgende Bestimmungen:

„Wumba-Bewirtschaftung von Werkzeugmaschinen, elektrischen Maschinen, Lokomobilen und landwirtschaftlichen Maschinen wird aufgehoben. Einzelheiten folgen.“

Hiernach sind die nachstehend aufgeführten Bekannt-

machungen mit sofortiger Wirkung unter Berücksichtigung der Ausnahme unter Anmerkung außer Kraft gesetzt:

Betr.: Regelung des Handels mit Werkzeugmaschinen durch Beschlagnahme, Meldepflicht und Preisüberwachung, vom 15. September 1916;

Betr.: Bestandserhebung von Werkzeugmaschinen, vom 21. November 1916;

Betr.: Bestandserhebung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, vom 1. Februar 1917;

Betr.: Beschlagnahme und Bestandserhebung für elektrische Maschinen, Transformatoren und Apparate, vom 15. Juni 1917;

Betr.: Beschlagnahme und Bestandserhebung von Lokomobilen, vom 20. Juni 1917.

1. Als Ausnahme hiervon bleiben die Richtlinien über die Preisbildung von Werkzeugmaschinen bis auf weiteres bestehen.

Sämtliche auf Grund obiger Bekanntmachungen erlassenen Anordnungen und Verfügungen unter Berücksichtigung der Ausnahme unter Anmerkung 1) werden gleichfalls außer Kraft gesetzt.

Durch besondere Urkunden belegte Einzelbeschlagnahmen und Enteignungen von Gegenständen, welche zum Bereich vorstehend aufgehobener Bekanntmachungen gehören, bleiben in Kraft.

Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung,
(Demobilisierungsamt).
gez.: Koeth.

Marienberg, den 12. Dezember 1918.

Bekanntmachung

Betr. Fleischausgabe für die Woche vom 15. bis 23. Dezember.

Die für die Zeit vom 15. bis 23. Dezember festgesetzte fleischlose Woche kommt nach Mitteilung der Bezirksfleischstelle in Fortfall. Die Fleischausgabe erfolgt mithin auch in dieser Woche in der üblichen Weise.

Da die vorgenannte Woche auf den jetzt gültigen Reichsfleischkarten nicht mit aufgedruckt ist, so wird angeordnet, daß die Abschnitte 1 bis 5 der Woche vom 23. bis 29. für die Woche 15. bis 23. Gültigkeit haben und hierauf die übliche Wochenmenge abzugeben ist. Kinderkarten, sind die Abschnitte 1 und 2 der vorgenannten Woche zu entnehmen. Für die Woche vom 23. bis 29. gelten die zuständigen Abschnitte 6 bis 10 der Reichsfleischkarte, und 4 und 5 der Kinderkarte.

Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich, die Fleischausgabestellen hierauf besonders aufmerksam zu machen.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses. Urfici.

Die Tapferkeitsmedaille.

Roman von F. v. Rauenheim.

45 Wenn die Burgei meine Bäuerin wollte? „Ne, nit so tollt daher, Wallnerin! Ein Unglück wärs, käms anders. Alsdann bring mich nit in die Wut! Meiner Seel und Gott, mit einem Regiment Russen wurde man ehnder fertig als mit ein paar alte Weiberleut.“

„Schan, mein lieber Voisl, mußt nit so hoch tun; nit im Schlaf wäre mir es eingefallen, daß Du, grade Du — Dich um mein armes Dirndl kümmern würdest, und drum bin ich frei froh gewesen, daß sie selber und gern gegangen ist.“

Mit einem Ruck stand der junge Mosburger auf den Füßen.

„Was sagst?“ rief er, plötzlich ganz blaß geworden und die Frau mit schillerndem Erschrecken anstarrend. „Wenn war sie gegangen, die Burgei, also 'eicht mir aus'm Weg? Mag sie mich am Ende nit? Wallnerin, rede offen, um Gottes willen tu ich Dich bitten, rede; wenn sie mich nit mag, nachher — meiner Seel! — ist mir eene, ob mich so eine verhöllte Bluffentel treffen tut, mitten ins größte Feuer stelle ich mich hinein.“

„Voisl, ich bitt Dich, sei gescheit! Schan, gerade, weil sie Dich so viel gern hat, die Burgei.“

Sie kam nicht weiter, die Wallnerin; einen hellen Juchger hinausmetternd, umschloß sie der junge Bauer mit seinem gefunden Arm und drehte sich mit ihr im Kreise herum, bis sie ächzend stehen bleiben mußte.

„Warum hast denn das nit gleich gesagt? Schan, jetzt'n habe ich auch Dich gern, sollst gut haben bei uns auf'm Mosburgerhof! No, no, sang nur nit wieder zum Fleumen an! Hast keine Ursache; und gelt, endlich sagst Du mir die Adresse von Deinem Mädel? O mein Dirndl, mein hergliebtes! No, wilst schauen, was kommen tut!“

„Mein lieber Mosburger, ich möchte Dirs ja sagen, wann ich mich nit der Eünde fürchtete, meinen Schwur zu brechen; soll mußt doch einsehen, daß ich es nit tun kann. Aber,“ sie schaute sich schen nach allen Seiten um und brachte dann ihren

Mund ganz nahe an des jungen Bauern Ohr — „das eine darf ich Dir wohl sagen, zu Junsdruck ist sie.“

„Und mehr brauche ich auch nit zu wissen. Alsdann, mein liebes Dirndl, bald wilst Bäuerin sein auf dem Mosburgerhof. Danke Dir, Mutterl, und mach nit solche Augen; es wird Dir nit geschehen, denn ich tue Dich nit verraten. Und jetzt'n — pfist Dich Gott!“

Als der junge Bauer fort war, sank die Wallnerin mitten in der Stube in die Knie und, während ihr die hellen Tränen über die in letzter Zeit recht schmal und blaß gewordenen Wangen rollten, betete sie mit zum Himmel erhobenen Händen und in stammelnden Lauten ein paar Vaterunser und Ave Maria — damit „alles gut ausgehen sollte,“ woran sie im Innersten ihrer gedüngsten Seele zunächst wohl noch stark zweifeln mochte.

Der Mosburger-Voisl ging mit so heiterer Miene herum und entfaltete auf einmal eine solche Tätigkeit im Schreiben, daß seine Mutter ihn zuerst erstaunt, dann aber immer misstrauischer beobachtete. Die Mosburgerin war, nachdem ihr heißer Wunsch, Lindenhofbäuerin zu werden, für alle Zeiten genügt worden, in denbar übelster Laune, erschien merkwürdig alt, beinahe verfallen und sah im Geiste schon das Unheil auf dem Mosburgerhof einziehen, falls der „verhegte“ Bub auf seinem Vorhaben, diese Frau zu seiner Bäuerin zu machen, bestehen sollte. Ein Drost war es allerdings für sie, daß er Burgeis Aufenthaltsort nicht kannte und auch nicht so schnell erfahren würde.

Dem Lindenhofbauer und mehr noch der Magdalene, der sie die eigentliche, einzige Schuld am Bruche der Verlobung beimaß, ging sie geflüstert aus dem Wege, was übrigens jetzt, da der Winter mit vollster Macht die Herrschaft angetreten hatte, nicht immer leicht war.

So waren Wochen vergangen, als eines Tages, knapp vor Weihnachten, Voisl mit einem offenen Schreiben in der Hand zu ihr in die Stube trat.

„Alsdann, Mutter,“ begann er mit fester Stimme, „laß Dir sagen: nach Drei König machen wir Hochzeit — ich und die Burgei.“

„Bist narrisch?“ schrie die Frau wild auf.

„Na, ich habe meine fünf Sinne ganz gesund bei einand

und Dich, Mutter, tue ich bitten, sei gescheit! Schan, ich bin offen und ehrlich vorgegangen, habe Dir meinen Willen und meine Absicht kund getan, no, und jetzt'n habe ichs Dirndl gefunden, mit Geld richtet man viel — und nochmals: gleich nach Drei König wird Hochzeit gemacht. Die Burgei ist einverstanden und morgen kommt sie heim. Also fieg Dich drein, Mutter, eine Bäuerin muß ich ja haben und ob sie Magdalene oder Burgei heißen tut, kann Dir gleich sein, meinst Du nit, Mutter?“

„Selb vor Jörn und mit mufprühlenden Augen, die Hände zu Fäusten geballt, stand die Mosburgerin vor ihrer Stube.“

„Alsdann — mich — die Mutter — jagst hinaus in die Welt?“ zischte sie. „Fürchtest Dich nit der Eünde?“

„Nebe nit so daher, Mutter! Wer jagt Dich denn in die Welt hinaus? Ist nit auf dem Mosburgerhof Platz genug für Dich neben meinem Weib? Die Burgei würde Dir gewiß eine gute Schwiegertochter sein.“

Mit beiden Händen wehrte die Frau ab.

„Nit in alle Ewigkeit würde ich mich nit der vertragen mit der nie nit.“

„Und mich ziemt, Du würdest Dich auch nit mit der Benei vertragen haben; alsdann — ich tue Dich noch einmal bitten, sage nit nein und nimme die Burgei freundlich auf! Wann nit, nachher hast Du mit ihr auch Deinen Einzigen vertragen; also tu Dich besinnen!“

247.29 Damit verließ er die Stube. Eine kleine Weile stand die Frau regungslos auf demselben Fleck, dann tannelte sie zum nächsten Sessel und brach, die Hände über die Augen legend, in ein halb zorniges, halb schmerzliches Weinen aus, so tief trankte sie die plötzliche Erkenntnis ihrer Ohnmacht dem polli-jährigen, als Herrn auftretenden Sohn gegenüber, die Erkenntnis, daß ihrer mütterlichen Autorität Grenzen gezogen waren und ihr nichts anders übrig blieb, als sich zu fügen, wenn sie nicht den Sohn, ohne den sie denn doch nicht leben wollte, nicht ganz verlieren wollte. Ja, sie wollte sich fügen, wenigstens nach außen hin; wie sie der Schwiegertochter in Zukunft begegnen würde, darüber war sie sich freilich heute schon klar und bei dieser Vorstellung hufchte ein unruhiges Lächeln um ihre Lippen. — — — — —

Marienberg, den 10. Dezember 1918.

Betrifft: Verkauf des Verbrauchszuckers pro Dezember.

In den nächsten Tagen geht den Gemeindeverwaltungen der Verbrauchszucker für den Monat Dezember von den Zuckerzuteilungsstellen zu. Die Herren Bürgermeister ersuche ich, sobald der Zucker eingegangen ist, ihn auf Warenkarte A Abschnitt 4 zum Verkauf bringen zu lassen. Die Geschäfte, in denen der Verkauf stattfindet, bezeichnen die Gemeindeverwaltungen. An Zucker wird abgegeben pro Kartenausschnitt 1½ Pfund. Der Kleinhandelshöchstpreis beträgt soweit es sich um Griesaffinade handelt 50 Pfg. und soweit Würfelzucker in Frage kommt 52 Pfg. pro Pfd.

Die Herren Bürgermeister ersuche ich hiernach das Weitere zu veranlassen.

Der Kreisausschuß des Oberrheinischen Kreises. Ulrich.

Marienberg, den 4. Dez. 1918.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Nach § 6 der Verordnung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung über die Verhütung von Seuchen vom 20. November 1917 dürfen entlassene Angehörige des Heeres und der Marine, die keine Bescheinigung darüber beibringen können, daß sie von Ungeziefer und übertragbaren Krankheiten frei sind, von den Gemeinden nicht in Bürgerquartiere gelegt werden.

Die Entlassungsanstalt auf dem Gefangenenlager bei Limburg (Lahn) ist für entlassene Soldaten täglich nachmittags von 1 Uhr ab geöffnet.

Der Landrat. Ulrich.

Bekanntmachung.**über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatzwecken und deren Höchstpreise.**

Auf Grund der §§ 4, 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird unter Aufhebung der Bekanntmachung gleichen Inhalts vom 15. November 1917 (Reichsanzeiger 273) bestimmt:

§ 1.

Im Gebiet des Deutschen Reiches dürfen Saat- und Steckzwiebeln zu Saatzwecken nur gegen Saatkarte und mit Genehmigung der zuständigen Landesstellen für Gemüse und Obst (in Preußen und Elsaß-Lothringen der Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst) abgesetzt werden. Die genannten Stellen erlassen die näheren Bestimmungen über die Saatkarte und über die Voraussetzungen, unter denen die Genehmigung zu erteilen ist.

§ 2.

Soweit inländische Saat- und Steckzwiebeln nach § 1 dieser Bekanntmachung zu Saatzwecken gegen Saatkarte und mit Genehmigung der zuständigen Stellen abgesetzt werden, dürfen beim Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze je Zentner nicht überschritten werden:

Für Saatzwiebeln

bis 31. Dezember 1918 21 Mark

vom 1. Jan. 1919 ab je Monat und Str. 1 Mk. mehr.

Für Steckzwiebeln

1. längliche und ovale:

Größe 1 unter 1½ cm Durchmesser 100 Mk.

Größe 2 1½ bis 2 cm Durchmesser 80 Mk.

Größe 3 2 bis 2½ cm Durchmesser 60 Mk.

2. plattrunde

Größe 1 unter 2 cm Durchmesser 120 Mk.

Größe 2 2 bis 2½ cm Durchmesser 100 Mk.

Größe 3 2½ bis 3 cm Durchmesser 80 Mk.

§ 3.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. November 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Der Vorsitzende von Tilly.

Marienberg, den 11. Dezember 1918.

Betrifft: Abgabe von Brennstoffen an die Dreschmaschinenbesitzer.

Einzelne Dreschmaschinenbesitzer haben in der letzten Zeit wiederholt hier wegen Zuweisung von Brennstoff angefragt. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß infolge der in den ersten Novembertagen eingetretenen Ereignisse und der jetzt bestehenden Transport Schwierigkeiten Brennstoff der Kriegswirtschaftsstelle bisher nicht geliefert worden ist. Sobald die Zuteilung erfolgt ist, werde ich entsprechende Bekanntmachung ergehen lassen.

Der Landrat. Ulrich.

Terminkalender.

Freitag, den 20. d. Mts. letzter Termin zur Erledigung meiner Verfügung vom 21. v. Mts., Kreisbl. Nr. 122, betr. Ausnahme v. heimkehrenden Kriegern in der Landwirtschaft.

Marienberg den 10. Dezember 1918.

Der Landrat. Ulrich.

Marienberg, den 13. November 1918.

Die Gemeinden: Alstert, Apelt, Bellingen, Borod, Dreisbach, Erbach, Fehlbühlhausen, Giesenhäusen, Großseifen, Hahn, Hinterkirchen, Hof, Kackenberg, Korb, Laubendücken, Liebensteden, Mittelhartert, Müschenbach, Pöhl, Pöschchen, Roggenhahn, Schmidhahn, Steinbach, Stockhausen-Alstert, Stockum, Streithausen, Unnau, Winkelbach, Zinhain, haben trotz meiner Erinnerung, die mit Verfügung vom 5. 11., Kreisblatt Nr. 114, geforderte Kundenliste für den Kohlenverbrauch bis heute noch nicht eingeschickt. Diese Gemeinden konnten infolgedessen bei der jetzigen Kohlenverteilung eine Berücksichtigung nicht finden.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Ulrich.

Terminkalender

Montag, den 23. ds. Mts. letzter Termin zur Erledigung meiner Verfügung vom 28. v. Mts. Kreisblatt Nr. 124 betreffend Kosten für die Unterbringung und Verpflegung der Kav. Bat. und Inf. Streifwachen.

Der Landrat. Ulrich.

Marienberg, den 12. Dezember 1918.

Bekanntmachung.

Durch Nachtrags-Bekanntmachung des Kriegsammtes. Kriegsstoff-Abteilung Nr. 2. 111/10. 1918 ist die Verbrennung der aus Haus- und Notchlachtungen stammenden Häute für den Eigentümer verboten. Die jetzt noch in Verbrennung befindlichen Häute müssen bis spätestens 1. März an die Landwille zurückgeliefert sein, anderenfalls sie dem Lederzuteilungsamt verfallen.

Der Landrat. Ulrich.

J. Nr. 2. 1693.

Marienberg, den 7. Dezember 1918.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 18. November d. J. — Egb. Nr. 2. 1693 — Kreisblatt Nr. 122 ersuche ich nochmals um Bericht über die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter in Gast- und Schankwirtschaften, soweit es noch nicht geschehen ist.

Fehlanzeige ist nicht erforderlich.

Der Landrat. Ulrich.

Marienberg, den 14. Dezember 1918

Dem Schuhmachermeister Herrn Richard Held in Marienberg sind von der Kreisbekleidungsstelle

17 Paar Inf. Stiefel,

8 „ Schnürschuhe

8 „ Kav. Stiefel

zwecks Weiterverteilung zugegangen.

Diese Schuhe bzw. Stiefel können auf Grund von ordnungsmäßig ausgefertigten „Schuhbedarfsscheinen“ an Personen des Oberrheinischen Kreises abgegeben werden.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Ulrich.

Marienberg, den 11. Dezember 1918.

Die Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffung, Ernährung und Unterbringung in Groß-Berlin haben den Berliner Magistrat zu einer dringenden Warnung vor dem Zuzug solcher Personen nach Groß-Berlin veranlaßt, welche in Berlin weder Wohnung noch Arbeit haben.

Der Landrat. Ulrich.

Egb. Nr. K. G. 9332.

Marienberg, den 10. Dezember 1918.

Betr.: Geflügelbadsfütter.

Dem Kommunalverband ist eine größere Menge Geflügelbadsfütter zugegangen. Der Preis stellt sich auf 38,50 Mark pro Zentner.

Bestellungen hierauf ersuche ich mir baldgegl. zugehen zu lassen.

Der Kreisausschuß des Oberrheinischen Kreises. Ulrich.

Marienberg, den 11. Dezember 1918.

Bekanntmachung.

Die Beschlagnahme und Höchstpreisverordnung betr. rohe Kanin-, Hasen- und Ragenfelle ist am 1. Dezember er. aufgehoben.

Alle Händler, Sammler und Sammelstellenleiter können nunmehr frei über die in ihrem Besitz befindlichen Felle verfügen. Sie sind also nicht mehr an den Ablieferungsweg oder an die Höchstpreise gebunden, sondern können nach Belieben ein- und verkaufen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Ulrich.

Nichtamtlicher Teil.**Einberufung des Reichstages.**

Berlin, 13. Dez. Der Präsident des deutschen Reichstages hat an die Reichstagsabgeordneten folgendes Schreiben gerichtet: Die Frist des Waffenstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, der Abschluß des Vorfriedens muß sofort angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiterem ungeheuren Schaden behütet werden soll. Die Nachrichten aus dem Lager unserer Feinde lauten aber nunmehr mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß diese der jetzigen Regierung jegliche Verhandlungsfähigkeit abspricht und daß sie dazu nur die alten gesetzgebenden Organisationen des alten Reiches — Reichstag und Bundesrat — als berechtigt anerkennen, zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung, sowohl als zur Beschlußfassung des Wahlgesetzes für die Nationalversammlung. Meine fortgesetzten Bemühungen, Herrn Ebert im Interesse des Reiches von der Notwendigkeit einer Einberufung des Reichstages zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Not der Zeit verbietet weiter zu warten und verpflichtet mich, auch ohne Zustimmung der Regierung von der in der Sitzung vom 26. Oktober dieses Jahres erhaltenen Ermächtigung zur Einberufung des Reichstages Gebrauch zu machen. Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber die Entscheidung über Ort und Zeit vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten, um zur demnächst anzuberaumten Sitzung vollzählig zu erscheinen. Der Vollzugsrat antwortete auf die Ausführungen des Präsidenten Folgendes, daß die Behauptung, die Entente kenne nur den Bundesrat und den Reichstag an, jeder Begründung entbehrt. Der Rat der Volksbeauftragten hat wiederholt dargelegt, daß durch die politische Umwälzung Bundesrat und Reichstag als gesetzgebende Organe zu existieren aufgehört haben. Der Vollzugsrat überläßt Eberbach die Verantwortung für alle Folgen, die die Einberufung des nicht mehr bestehenden Reichstages nach sich ziehen könnten.

Der Waffenstillstand wird verlängert.

Bern, 12. Dez. Nach Pariser Berichten haben die deutschen Vorkerkungen in England Gehör gefunden, und die Verlängerung des Waffenstillstandes wird in Kürze erwartet. Es denkt in Wirklichkeit kein Mensch daran, nach dem 17. Dezember die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, weil Deutschland die Bedingungen nicht habe reslos erfüllen können.

Die Gewalt der Spartakus-Leute in Neukölln.

Berlin, 13. Dez. Die in Neukölln herrschenden Spartakus-Leute haben ihre Drohung, das Stadt-Parlament zu sprengen, wahr gemacht. Die für gestern einberufene Versammlung der Stadtverordneten konnte nicht stattfinden, da das Rathaus nur für Mitglieder der linksradikalen Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates geöffnet war. Auch der Versuch der Stadtvertreter in dem Bürgeraal ihre Sitzung abzuhalten, mißlang, da das Lokal vorzeitig durch Soldaten besetzt wurde. Der Magistrat von Neukölln hat sich jetzt dazu entschlossen zwei Mitglieder des A.-u.-S. Rates aufzunehmen, angeblich, um ein Blutvergießen zu vermeiden. Der A.-u.-S. Rat hat jedoch dieses Angebot abgelehnt, da dem A.-u.-S. Soldatenrat jetzt die alleinige Macht zustehe.

Eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zur See.

Bremen, 13. Dez. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat Deutschland durch dringende Vorstellungen erwirkt, daß England einer Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zur See wenigstens in der Ostsee zugestimmt hat. Der Export von Kohlen, Salz, Kalk nach Schweden wurde danach zugelassen. Andere Exporte von und nach Schweden sollen nach dem System des Geleitscheines eingeführt werden.

Die Befegung Wiesbadens.

Wiesbaden, 12. Dez. Heute Mittag trafen hier die Quartiermacher des französischen Besatzungsheeres ein. Das Gros wird morgen erwartet.

Der Einzug der Engländer in Köln.

Köln, 13. Dez. Der Befehlshaber der englischen Truppen in Köln weigert sich, mit dem Kölner Arbeiter-Rat zu verhandeln. Gestern vormittag erfolgte der Durchmarsch englischer Kavallerie, weshalb jeglicher Verkehr von Fuhrwerken und Straßenbahnwagen bis morgen verboten wurde. Der englische Generalstabsoffizier im Brückenkopf teilt mit, daß es bei der Auszahlung der Löhnung zu Unruhen und Ausschreitungen gekommen sei.

Das holländische Gastrecht für Wilhelm II.

Amsterdam, 11. Dez. In der zweiten Kammer erklärte der Ministerpräsident:

Der Regierung wäre es angenehmer gewesen, wenn der frühere deutsche Kaiser Holland nicht zum Aufenthaltsort gewählt hätte. Bevor das geschehen ist, hat er aber auf den Thron verzichtet. Schon am 9. November wußte die holländische Regierung, daß der Kaiser abgedankt hatte. Er teilte das gleichfalls unseren Behörden am 9. November auf dem Bahnhof Eijden mit. Der Kaiser kam unerwartet auf holländisches Gebiet. Keine einzige Regierungsperson hat dazu etwas getan, oder sich einer Zwischenperson bedient. Alle gegenteiligen Nachrichten sind Phantasie. Nach der Abdankung konnte von einer Internierung keine Rede sein. Es ist hier einfach eine Frage des Gastrechts. Die Gastfreiheit ist in Holland eine Überlieferung, die seit Jahrhunderten bestanden hat. Die Regierung wußte, daß Holland dadurch in Schwierigkeit kommen würde, aber sie wollte nicht in Widerspruch mit der Jahrhunderte alten Tradition geraten. Was muß nun weiter geschehen? Die Regierung kann sich auf keinen anderen Standpunkt stellen, als auf den, daß es sich um eine vollzogene Tatsache handelt. Jeden Versuch, das Verbleiben des Kaisers in Holland in Zusammenhang zu bringen mit einer nicht neutralen Handlung, weist die Regierung entschieden zurück. Jedes andere Staatsoberhaupt würde auf gleiche Weise empfangen worden sein. Die jetzige Lage ist eine vorläufige. Eine eventuelle formelle Anfrage bezüglich Auslieferung des früheren Kaisers wird nach dem Gesetz und nach den Verträgen beurteilt werden. Die Regierung behält sich ihre Entscheidung vor.

Erste Erkrankung der deutschen Kaiserin.

Haag, 12. Dez. Wie „Het Vaterland“ meldet, ist die frühere deutsche Kaiserin in Amerongen an einem Herzleiden sehr ernstlich erkrankt. Ein Berliner Arzt wurde telegraphisch nach Amerongen gerufen.

Eine kleine deutsche Gegenrechnung.

Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Angesichts der Aufmachung der „Kriegskosten“ durch den Berliner Magistrat es wohl angebracht sein, auch den Herren Franzosen einmal eine deutsche Gegenrechnung aufzumachen. Warum sollen wir denn haltmachen bei dem Kriege 1870/71? Wir können doch noch etwas zurückgeben, beispielsweise auf die Raubzüge Ludwigs XIV. und die Verwüstungen der Pfalz, wozu er heute noch feierlich steht, daß das damalige Deutsche Reich nicht die Schuld daran trägt. Rechnen wir, daß die Verwüstungen, Kriegskosten usw. durch die Raubzüge nur etwa 40 Millionen betragen haben, so haben wir, wenn wir Zins und Zinseszinsen zu 5 v. H. rechnen, heute eine Forderung an die Franzosen von 100 und schreibe rund 1000 Millionen. Ferner wird kein Mensch behaupten wollen, daß wir etwa Napoleon I. zu seinen Kriegszügen veranlaßt hätten, die dem jetzigen Gebiet des Deutschen Reiches zwei Millionen gekostet haben, wozu aber niemals etwas bezahlt worden ist. Kapitalisiert ergibt dies mit Zins und Zinseszinsen 100 Milliarden. Die unrechtmäßige und völkerrechtswidrige Hungerblockade Englands gegen das Deutsche Reich kann man mit 10.000 Mark für jeden einzelnen Kopf nicht zu gering rechnen: bei 70 Millionen Einwohnern ergibt dies einen Schaden von 700 Milliarden. Unsere Forderungen an den Verband mag sich also auf rund 2840 Milliarden belaufen, wenn wir genau so rechnen, wie die Leute an der Seine das tun.

Die innere Lage.

In unserm armen Vaterlande herrscht zurzeit ein Chaos das niemand auf der ganzen Welt dem Volke der Disziplin und Ordnung zugetraut hätte. „Es lösen sich alle Banden“, so lautet die Berliner Regierung nach Kräften, Ordnung in die verworrene, aufgelöste Masse die jetzt Deutschland heißt, hineinzubringen. Entschlossen haben sich die anfangs so verführten bürgerlichen Kreise in diesem Bestreben mit der Regierung vereinigt. So hat die gesamte Verwaltungskörper des Reiches und der Einzelstaaten, soweit man seine Tätigkeit nicht vernichtet oder unterbunden hat, sich der zurzeit bestehenden Regierung zur Verfügung gestellt, damit das öffentliche Leben nicht im Stocken gerät. Die oberste Heeresleitung arbeitet im Einvernehmen mit den Arbeiter- und Soldatenräten, damit die Zurückführung und Demobilisierung unserer riesigen Heere in Ruhe und Ordnung vollzieht. Das gewerbeständige Publikum, das die Flinte schon ins Korn werfen wollte hat sich wieder etwas ermutigt und sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden begonnen. Aber es fehlt unendlich viel daran, daß nun wirklich wieder Ruhe und Ordnung in Deutschland herrsche. Die entfesselte Begehrtheit löst sich in ungeheuren Streiks und Einzelaustritten, bei denen schon zu ganz bössartigen Ruhestörungen gekommen ist, vor allem in Oberschlesien, wo sich polnische Einflüsse stark bemerkbar machen. In vielen Orten werden unerfüllbare Forderungen erhoben und zum Teil durchgesetzt. Vom Achtstundentage, der jetzt Gesetz sein soll, ist man in wilden Tempo schon zur Forderung des Sechsstunden und Vierteltages gelangt. Schlimmer noch als dies alles wirkt auf die Stimmung im Volke der schamlose und schamvolle Partikularismus, der uns in dieser an sich schon so furchtbaren schweren Zeit auch noch den grimmigen Hohn und die verdächtige Verachtung der ganzen Welt zuzieht. Ein unheimlicher von eigenen Glaubensgenossen wegen seiner Annahme aufs schärfste perurteilte Frechling, der sich bayerischer Ministerpräsident nennen läßt, versucht schon nicht mehr vor hohem Deutschland zu verstoßen und Süddeutschland in die Form eines neuen Rheinlandes den Feinden zu Füßen zu legen. Daß er auf diese Weise auch eine Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland unmöglich machen würde, scheint ihm völlig gleichgültig zu sein. Mit trampaftem Eifer sucht er nach Gründen, um Deutschland in den Augen der Welt möglichst herabzusetzen. Er glaubt, wenn er das verurteilte kaiserliche Deutschland recht tief in den Kot herabziehe, könne er für Bayern mildere Bedingungen heraus schlagen. Daß es ihm aber nur auf Losreißung von Reich und Nation ankommt, beweist er dadurch, daß er in einem Alten die frühere und die jetzige Reichsregierung schmäht; milderer hat er — man denke: Herr Kurt Eisner aus München — die Beziehungen abgebrochen, weil sie noch immer „schuld belastete Männer des alten Regimes“ in ihren Reihen dulde. Damit meint er nicht nur Männer wie Solz und Erzberger sondern auch Scheidemann, Dr. David usw. Mit diesem Wahnsinn, hat es doch Weiskopf! — Die mit dem Verschwinden der Kaiserkrone wieder aufgefundenen und alsbald läppig in Kraut geschossenen partikularistischen Bestrebungen hüllen sich vielfach in das Gewand der „Lo von Berlin“-Bewegung. Nun unterliegt es ja keinem Zweifel, daß das Gebahren gewisser Berliner Kreise, die sich als Regierende betrachten oder sich der Leitung bemächtigen wollen, geradezu an Wahnsinn grenzt. Sie haben jeden Sinn für das Mögliche und Erreichbare verloren und wollen lieber Deutschland vor Feinden befehen lassen, als daß sie auf die sofortige Verwirklichung ihrer Unsturzpläne verzichten. Obwohl die jetzt regierenden Sozialisten ihnen ein Zugeständnis über da andere machen, um sie wieder zur Vernunft zu bringen wollen und toben sie doch wie rasend gegen alle Ordnung und Verständigungsbemühungen im Innern sowie gegen die Friedensbestrebungen nach außen. „Nur über mein Leiche führt der Weg zu einer Nationalversammlung“, schrie kürzlich einer der Führer dieser Radikalkräfte in einer Versammlung hinein. „Bund mit dem bolschewistischen Ausland und neuer Kampf gegen die Entente!“ So lautet das wahnwichtige Schlagwort anderer. Dabei weiß doch jedes Kind, daß wir uns durch die Annahme der entsetzlichen Waffenstillstandsbedingungen und durch die tatsächliche Entwaffnung und Auflösung unseres einst so stolzen Heeres nicht so beklagenswerten Heeres wehrlos gemacht haben, daß wir an eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gar nicht denken können. Jedes Kind weiß, daß die Feinde nur auf einen leidlichen Vorwand lauern, um in Deutschland einzurücken und es unter dem Vorwande der Ordnung schaffen zu befehen. Und trotzdem diese Raserei, die alle der Vernichtung preisgeben droht! Insofern ist der Widerstand gegen „Berlin“, das Berlin von Liebknecht und Kollburg, durchaus gerechtfertigt. Aber die Proteste gegen Berlin, die sich schon bis zur Aufkündigung der Beziehungen verdrängt haben, gehen tatsächlich zum guten Teil aus ganz anderen Beweggründen hervor. Die elendeste Selbstsucht und Eigenbräuterei macht sich darin Luft. „Was ist mit das Ganze, wenn ich nur mein Eigentum rette. Mag das Haus verbrennen, wenn ich nur auf den brennenden Trümmern mein Süppchen kochen kann.“ Der Karle Becks liegt in dem Aufstreiten der Münchener und Karlsruher Proteste. Sie mühen geradezu gegen das eigene Volk und geben offen ihre Vernichtungsabsichten kund. Wenn auch in der Form maßvoller, haben doch die hannoverschen Wesen in dieselbe Kerbe. Merkt Ihr denn gar nicht, Ihr Wahnwütigen, was Ihr tut? Das feindliche Ausland hegt Euch gegen das Vaterland, in der Hoffnung, es völlig auseinander brechen zu sehen. Deutlich gibt Marshall Foch schon die Absicht kund, in das rechtsrheinische Deutschland einzumarschieren. Englische Kriegsschiffe laufen in die Häfen der Nord- und Ostsee ein. Die Polen strecken immer gieriger ihre Hände nach Ostpreußen aus. Nur Zusammenbruch und Ordnung kann uns vor dem Schlimmsten retten. Gott sei Dank fehlt es nicht an kräftigen Gesundungsbemühungen. Die heimkehrenden Frontsoldaten protestieren fast einmütig gegen das tolle Gebahren der bolschewistischen und partikularistischen Kreise. Viele Arbeiter- und Soldatenräte haben sich die kühle Vernunft bewahrt und suchen in diesem Sinne zu wirken. Belangt die Vernunft zum Siege, so sind wir noch nicht verloren. Selbst England, um von Wilson ganz zu schweigen, will unsere Vernichtung nicht. Lloyd George hat am 12. November offen erklärt: „Einkaufsreise werden gemacht, um uns durch Drohungen einzuschüchtern, damit wir von den Forderungen des R. A. absehen und nachsichtigen, schmutzigen Ideen, diktiert haben

nicht und Nachgedrückt folgen. Wir müssen uns dagegen mit aller Entschiedenheit wehren. Die britische Delegation bei der Friedenskonferenz wird unter allen Umständen für einen gerechten Frieden eintreten.“ So furchtbar hart ein „gerechter“ noch englisch-amerikanischem Diktat für uns auch sein mag, es wird uns doch die Daseinsmöglichkeit lassen, in der Freiheit zu leben. So furchtbar hart ein „gerechter“ noch englisch-amerikanischem Diktat für uns auch sein mag, es wird uns doch die Daseinsmöglichkeit lassen, in der Freiheit zu leben. So furchtbar hart ein „gerechter“ noch englisch-amerikanischem Diktat für uns auch sein mag, es wird uns doch die Daseinsmöglichkeit lassen, in der Freiheit zu leben.

Von Nah und Fern.

Marienberg, 14. Dez. Zusammenarbeiten — zusammenstehen! Wir sollten es alle einsehen in diesen Tagen, ob Arbeiter oder Unternehmer, ob Beamter oder Kaufmann, ob Soldat oder Antimilitarist — es ist eine ernste bitter notwendige, eine Beweihräuerungsmaßnahme an alle — zusammenarbeiten, zusammenstehen! Deutschland letztes bißchen Zusammenhang droht gleich einem wankenden Mauerwerk auseinander zu fallen; die Revolution droht uns statt der Befreiung von der alten Regierung — die doch immerhin wenigstens Ordnung zu halten wußte — jetzt das Gegenteil von dem zu bringen, was ihre Führer uns versprochen. Alle Leidenschaften und Sonderinteressen drängen rücksichtslos nach oben und bringen um des eigenen Vorteils willen ganz Deutschland dem Zusammenbruch immer näher, ohne zu bedenken, daß damit auch den eigenen Aussichten der Weg versperrt wird. Die Gegner treten hohnlachend das wehrlose Deutschland mit Füßen. Das Schlimmste kann nur dann von uns abgewendet werden, wenn alle jetzt über den eigenen Vorteil den der Gesamtheit setzen, aus dem heraus schließlich auch nur allein der Sondervorteil gedeihen kann. Die Lösung der Stunde kann nicht anders lauten als: Zusammenarbeiten, zusammenstehen!

(Herabsetzung des Verbrauchs von Gerste für die Bierherstellung.) Um noch mehr Gerste für die Herstellung von Graupen und die Brotstreckung freizumachen, hat der Staatssekretär des Reichsernährungsamts, Wutt, angeordnet, daß die Gerstenlieferung der Bierbrauereien wesentlich einzuschränken ist. Die Bierbrauereien werden nur bis zu 5% des Friedensverbrauchs an Gerste beliefert werden. Durch diese Anordnung wird die den Brauereien überwiesene Menge Gerste etwa um ein Drittel der bisherigen Belieferung gekürzt, und es ist Sorge getragen, daß die freiwerdende Menge im Betrage von ungefähr 27 500 Tonnen sofort den Graupenmühlen zugeführt wird.

Eine weitere Kürzung war nicht möglich, weil die Brauer bereits beliefert waren und die Gerste vermälzt hatten.

Kauf jetzt ein! Weihnachten naht! Da dürfte es wohl im Interesse unserer Leser und besonders unserer Leserinnen liegen, darauf hinzuweisen, daß es durchaus nicht ratsam ist, mit der Versorgung der Weihnachtseinkäufe bis zum letzten Augenblick zu warten. Je früher man kauft desto größer ist die Auswahl! Die verschiedenen kaufmännischen Verbände haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß es eine außerordentliche Erleichterung für die Geschäftsinhaber und Angestellten bedeutet, wenn die Einkäufe nach Möglichkeit nicht in den späten Abendstunden und den letzten Tagen vor Weihnachten besorgt werden. Wenn man bedenkt, wie sich die Angestellten der meisten Ladengeschäfte die letzten vierzehn Tage vor dem Feste bis in die finstere Nacht hinein plagen müssen, wie durch die unaufhörliche geistige und körperliche Anspannung nach solcher Ueberanstrengung das Weihnachtsfest für sie nur bedingungsweise das schöne Fest genannt werden darf, wird man jenen Hinweis gewiß gerechtfertigt finden und ihn — davon sind wir überzeugt — auch beherzigen. Also nicht am späten Abend und nicht erst im letzten Augenblick die Geschäfte ansteuern!

Die Hebung der Baukäufkraft. Wie aus dem Reichsarbeitsamt mitgeteilt wird, haben die Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten sich damit einverstanden erklärt, daß zur Wiederbelebung der Neubautätigkeit sowie zur Errichtung der Not- und Behelfsbauten nach Maßgabe der von Bundesrat in der Sitzung vom 31. Oktober 1918 beschlossenen Bestimmungen Baukostenzuschüsse aus Reichsmitteln bis zum Betrage von 100 Millionen Mark gezahlt werden können.

Herabsetzung der Offiziersgehälter. Es ist verfügt worden, daß die Offiziere, Sanitätsoffiziere und Militärbeamten des Befehlshaberheeres und auch diejenigen, die vom Feldheer kommend, ihre Friedensgarнизon oder den Demobilisierungsort erreicht haben, vom 1. Dezember ab nur noch das Friedensgehalt beziehen.

Beilegung von Rechtsangelegenheiten. Die Vorlesungen des Reiches sind in den durch die Allgemeinen Bestimmungen über den Geschäftsverkehr gezogenen Grenzen auch während der weiteren Dauer ihres Bestehens selbstverständlich bereit, Rechtsangelegenheiten in jedem Umfange zu beilegen.

Hachenburg, 11. Dez. Auf den beiden unteren Marktplätzen hat eine größere Anzahl Autos aufgestellt genommen, die in den nächsten Tagen einer amerikanischen Kommission übergeben werden sollen.

Montabaur, 11. Dez. Heute oder morgen wird die feindliche Besetzung (Amerikaner) in Stärke von etwa 350 Mann und 40 Pferden in Montabaur Quartier beziehen. Die Offiziere werden voraussichtlich in Gastwirtschaften, die übrigen Mannschaften in den Turnhallen und in Sälen untergebracht. In vielen Gemeinden des Unterwesterwaldkreises werden ebenfalls Truppen der feindlichen Besetzung auf längere, unbestimmte Zeit einquartiert.

Dierdorf, 9. Dez. Kaum hatten die letzten deutschen Truppen gestern unser Städtchen verlassen, als auch schon eine Patrouille aus dem amerikanischen Hauptquartier aus Coblenz im Auto hier eintraf. Die Herren besichtigten den hiesigen Bahnhof, da in Aussicht genommen, hier oder in Selters ein Proviantmagazin für die Befehlshabenden Truppen zu errichten. Wir dürfen mit einer starken Besatzung zu rechnen haben. Sofort nach Eintreffen der amerikanischen Truppen wird der gesamte Eisenbahnverkehr (Personen- und Güterverkehr) auf einige Zeit eingestellt werden.

Neuß, 12. Dez. (Belgische Urteile.) In dem von den belgischen Truppen besetzten Neuß sind mehrere Gutsbesitzer, welche ihre Jagdgewehre nicht abgeliefert hatten, zu je drei Monaten Gefängnis und je 3000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Ferner verurteilte das belgische Kriegsgericht in Neuß vier Personen wegen Plünderung und Diebstahl zu Gefängnisstrafen von zwei bis zehn Jahren.

Uffingen, 11. Dez. In der heutigen Versammlung der Lehrerinnen und Lehrer des Kreises Uffingen wurde ein Lehrerrat, bestehend aus acht Mitgliedern, gewählt. Dabei ging die Versammlung von der Erwartung aus, daß die Regierung nicht nur Großstadtlehrer, sondern auch Landlehrer bei der Festsetzung der Grundsätze für die Wahl eines Bezirkslehrerrates heranzieht.

Frankfurt a. M., 12. Dez. Zur Übernahme des Sicherheitsdienstes an Bahnstrecken und von Abfertigungen rückt heute das Inf. Reg. 171 von der 115. Inf.-Division in einer Stärke von 1200 Mann hier ein. Es verbleibt hier bis zum Eintreffen des Frankfurter Inf.-Reg. 81, das jetzt in Wehrar-demobilisiert wird. Die Arbeiterwehr bleibt jedoch bestehen.

Bad Nauheim, 11. Dez. (Tagung der Soldatenräte des 18. A. R.) Heute traten hier mehr als 300 Abgeordnete als Vertreter von mehr als einer Million Soldaten des 18. A. R. zu einer Tagung zusammen. Anwesend waren ferner Delegierte des Generalkommandos des 18. A. R. und der im Korpsbereich gegenwärtig einquartierten 5. Armee. Redakteur Jakob Altmaier-Frankfurt a. M. forderte in einem Vortrage über „Die innere und äußere Lage der deutschen Republik“ die Einberufung der Nationalversammlung, lehnte aber jede Diktatur ab und betonte mit Nachdruck, daß die A. und S.-Räte geschlossen hinter der Regierung Ebert-Haase ständen. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: „Die heute in Bad Nauheim tagende Räteversammlung der Truppen im Bereiche des 18. Armeekorps bekennt sich zur Republik Ebert-Haase und fordert die baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung zur Sicherung und zum Ausbau der Republik. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste das unerantwortliche Treiben der Spartakusleute und verlangt von der Regierung, daß sie ihm sofort mit allen Mitteln ein Ende macht. Als ebenso selbstverständlich betrachtet es die Versammlung, daß auch jeglichem Versuche entschieden entgegengetreten werde, der etwa von rechts unternommen werden sollte, um die soziale Republik zu stürzen.“ Weitere Vorträge hielten Hauptmann Müller vom stellv. G.-R. des 18. A.-R. über Richtlinien für Soldatenräte und Oberleutnant Stümpenbach über Demobilisation.

Trier, 12. Dez. Die deutschen Delegierten der Waffenstillstandskommission sind nunmehr sämtlich in Trier angekommen; nachdem gestern morgen 9 Uhr Staatssekretär Erzberger mit etwa 30 Herren und deren Begleitung von Berlin kommend im Hotel zur Post abgestiegen waren, kamen gestern nachmittag gegen 5 Uhr die deutschen Delegierten von Spa, unter ihnen auch General von Winterfeldt, an. Letztere wohnen im Domhotel. Es sind sieben Personen. Bei ihrer Ankunft war der Hauptmarkt durch amerikanische Truppen abgesperrt. Sowohl die Kommissionsmitglieder im Domhotel als die im Hotel zur Post sind streng isoliert. Niemand hat zu ihnen Zutritt. Die Vertreter der Alliierten sind noch nicht angekommen. Heute wird Marshall Foch in Trier eintreffen.

Letzte Nachrichten.

Eine Richtigstellung.

Berlin, 14. Dez. Anlässlich der neusten Zeitungsmeldungen, die Regierung beabsichtige die Wahlen zur Nationalversammlung auf einen früheren Termin, als früher beabsichtigt war, festzusetzen, legt der Volksrat Wert auf die Feststellung, daß die Regierung den Wahltermin vorläufig der Zustimmung der Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte belassen habe. Der Volksrat will auf jeden Fall dieses Recht der Delegiertenversammlung vom 16. 11. wahren.

Für eine Wiedereinsetzung des österreichischen Kaisers.

Berlin, 14. Dez. Der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird von zuverlässiger Seite aus Kopenhagen mitgeteilt, daß vor etwa einer Woche ein bekannter österreichischer Aristokrat angeblich in privaten Angelegenheiten eingetroffen ist und der mit der hiesigen englischen und französischen Gesandtschaft in Verbindung getreten sei, um einen Plan zur Wiedereinsetzung des österreichischen Kaisers Karls zu besprechen. Es soll bei diesen Unterredungen auch die Möglichkeit eines Anschlusses Bayerns und Schlesiens an Oesterreich zur Sprache gekommen sein. In wessen Auftrag der betreffende Emisär handelte, konnte bisher nicht festgestellt werden. Er ist nach Stockholm weitergereist, wird aber in den nächsten Tagen in Kopenhagen wieder erwartet.

Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages. Trier, 14. Dez. Der Waffenstillstandsvertrag wurde gestern bis zum 17. Januar 1919 verlängert. Diese Verlängerung wird vermutlich durch Zustimmung der alliierten Regierungen bis zum Abschluß der Friedenspräliminarien

ausgedehnt werden. Das Oberkommando der alliierten Verbände behält sich vor, die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer nördlich des Kölner Brückenkopfes zu befestigen. Zu Beginn der Sitzung teilte Marschall Foch im Namen des amerikanischen Lebensmittelkontrollmeisters Herer mit, daß die in Deutschland liegenden 2 1/2 Mill. Tonnen Schiffsraum unter Kontrolle der Alliierten zur Verfügung gestellt werden. Die Schiffe werden selbstverständlich deutsches Eigentum bleiben und mit deutschen Besatzungen versehen werden, um dann der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zu dienen. Die Versorgung mit Lebensmitteln wird durch zwei Kommissionen erfolgen. Die eine, welche Lebensmittel aufkauft mit dem Sitz in Paris, während die andere sich mit der Kontrolle der Einfuhr befassen wird.

Harte Bedingungen für Köln.

Köln, 14. Dez. Laut einer Aufforderung der englischen Polizeiverwaltung mußte die Kölner Bürgerwehr aufgehoben werden. In einer gestern stattgehabten Sitzung der Stadtbehörden teilte der Oberbürgermeister mit, daß die Anordnungen der militärischen englischen Behörden tief in das wirtschaftliche öffentliche Leben und in die persönliche Freiheit der Bürger eingreifen und daß es von dem Verhalten der Bevölkerung abhängt, daß die Bestimmungen demnächst eine merkliche Milderung erfahren. Er bittet daher die gesamte Bevölkerung, der englischen Besatzung gegenüber mit einer angemessenen Höflichkeit aufzutreten.

Bevorstehende Besetzung der Kruppschen Werke durch den Feind.

Essen, 13. Dez. Das Direktorium der Firma Krupp rechnet, wie in einer Versammlung der Kruppschen Hilfsmittel auf Grund von Verhandlungen mit der Firma mitgeteilt wurde, mit der bevorstehenden Besetzung der Kruppschen Werke durch den Feind. Deshalb kann von einer regelmäßigen Produktion keine Rede sein.

Eine französische Rheinflotte.

Haag, 14. Dez. Aus Paris wird amtlich gemeldet: Die französische Rheinflotte ist bereits unterwegs. Sie wird aus Kanonenbooten, Patrouillenfahrzeugen und Patrouillen-Jägern bestehen und einem Kapitän zur See unterstellt sein.

Die russischen Millionen für Frankreich.

Haag, 15. Dez. Heute sind weitere 236 Millionen des russischen Goldes in Paris angekommen und auf der „Bank für Frankreich“ deponiert worden.

Wilson in Europa.

London, 13. Dez. Der Dampfer „George Washington“ ist heute Mittag um 12 Uhr 7 Min. in Brest eingetroffen.

Amsterdam, 12. Dez. Die amerikanische Schlachtflotte, bestehend aus dem Schlachtschiff „Wyoming“ mit der Flagge des Admirals Sims zwei Divisionen Schlachtschiffe und eine Division Torpedobootszerstörer sind aus Portland ausgelaufen, um den „George Washington“ morgen auf der Reise in Brest zu empfangen.

Weilbach (Kreis Wiesb.), 13. Dez. Billiges Geflügel gibt es hier, d. h. nur für die seit heute im Ort einquartierte französische Besatzung. Diese bezahlt ein requiriertes Huhn mit 1 Mark, eine Ente mit 2 Mark und eine Gans mit 3 Mark.

Frankfurt a. M., 13. Dez. Freiherr Max von Goldschmidt-Rothschild, der eine Reihe von Jahren das in der Familie von Rothschild erblich gewesene österreichisch-ungarische Generalkonsulat innegehabt, hat zum 1. Dezember diese durch die Republikanisierung gegenstandslos gewordene Würde niedergelegt.

Frankfurt a. M., 13. Dez. Die Gesamtzahl der beim städtischen Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen stieg bis zum Schluß der Vorwoche auf 10 200. Hier von entfielen 2000 auf die Metallarbeiter, 1400 auf die kaufmännischen Berufe und 800 auf Gasthausgehilfen. Wesentlich günstiger gestaltet sich die Ziffer der weiblichen Arbeitslosen. Es standen hier 900 Arbeitslosen 1000 Stellen für die Hauswirtschaft offen. An Erwerbslosenunterstützung wurden in den ersten zwei Wochen 150 000 Mark ausgezahlt. In dieser Woche erreichte die Ziffer bereits 100 000 Mark.

Grünberg (Oberh.), 13. Dez. Eine nach der Station Saasen beorderte Lokomotive stieß in schnellster Fahrt auf eine vor dem hiesigen Bahnhof auf Einfahrt wartende Maschine. Der Zusammenstoß war so furchtbar, daß beide Lokomotiven fast völlig zerkleinert wurden. Der Führer der aus Gießen war sofort tot, der Heizer Dipper aus Wiesloch trug lebensgefährliche Verletzungen davon. Führer und Heizer der angerannten Lokomotive kamen mit leichten Verwundungen davon.

Welche edlen Wohltäter

möchten einem armen Familienvater, Frau, 4 Kinder von 3, 6, 13 und 14 Jahren, der schon 15 Jahre an tuberkulosem Lungen- und Nierenleiden erkrankt ist und seit mehr als 4 Jahren fast ständig im Bett liegt, eine Unterstützung um des Christkinds willen zukommen lassen? Bin in den Beinen gelähmt, meine Frau hat vor einigen Jahren eine schwere Operation durchgemacht, seitdem ist sie kränklich, zeitweise bettlägerig, wodurch wir in große Not und in Elend gekommen sind. Gott vergelt's.

Invalide Peter Passhausen, Wittgert
Post Selters (Unterwesterwald.)

Raps

wird nur noch bis Ende dieses Jahres angenommen.

Oelmühle Marienberg.

Mein Lager in Möbeln

ist wieder reichlich gefüllt:

komplette Schlafzimmer, Bettstellen
Vertikons

sowie Küchenschränke, Glasschränke u. s. w.

Anfertigung von Möbeln in eigener Werkstatt.

Karl Baldus, Hachenburg.

Vom Seeresdienst Entlassene können sofort bei uns in Arbeit treten.

Gewerkschaft Alexandria

Westerwälder Signalkohlenbergwerk

Höhn, Oberwesterwald.

Hochofenarbeiter

gesucht.

Aktiengesellschaft Charlottenhütte
Niederschelden-Sieg.

Fassungen für Semi-Bilder

in Broschen und Anhänger

empfiehlt in großer Auswahl

Ernst Schulte Uhrmacher Hachenburg.

Semi-Bilder werden nach jeder Photographie angefertigt.

Kleiderschränke

Stühle und Bettstellen

Bettfedern und Dampen

empfiehlt

Berthold Seewald, Hachenburg.

Aus dem Felde zurück

Dr. Reipen

Hals-, Nasen- und Ohren-Arzt
Siegen i. W., Kampenstr. 17.

Sprechzeit: 10—12 Uhr vorm., 2—4 Uhr nachm. Samstags
nur 10—12 Uhr vorm. Sonntags keine Sprechstunden.

Der Gerichtsvollzieher Wolf in Marienberg ist an folgenden Tagen in seinem Geschäftslokal zu sprechen:

Montags: Vormittags 9 bis 12 Uhr,

Mittwochs: 9 12

Freitags: 9 12

Marienberg, den 9. Dezember 1918.

Das Amtsgericht.

Die Firma Adrian in Obercaffel sucht für ihren Betrieb in Enspel

ca. 30 Steinbrucharbeiter.

Gezahlt wird an ungelernete Arbeiter ein Stundenlohn von 0,80 Mark, an gelernte mehr. Anmeldungen nimmt die Betriebsleitung in Enspel entgegen.

Marienberg, den 12. Dezember 1918.

Kreisarbeitsnachweistelle.

Arbeitsnachweis.

Es werden gesucht:

2 Tischlergesellen, 3 Schuhmachergesellen, 4 landwirtsch. Arbeiter, ein Kutscher und 30 Steinbrucharbeiter (gelernte und ungelernete).

Es suchen Stellung:

1 Handlungsgehilfe und 1 Schlossergehelfe.
Anmeldung beim Landratsamt in Marienberg
(Westerwald) Zimmer Nr. 11.

Marienberg, den 14. Dezember 1918.

Kreisarbeitsnachweistelle.

Wohnhaus

mit Stall und Scheune, in der Bismarckstraße, zu verkaufen. Näheres zu erfragen bei

Carl Ferger, Marienberg.

Bei Bedarf in

Schreiner-, Drechsler- und Wagner-Holz;
Bretter, Dielen, Latten, Spallierlatten, Leisten;
Kantholz, Fußboden, Fensterholz, Treppen-
Stufen, Stäbe und Pfosten; Tisch-, Bett- und
Schränk-Füße

sowie

für sofortigen Lohnschnitt

empfiehlt sich bestens

Sägewerk Büdingen b. Erbach, Westerm.

Für die Weihnachtszeit

empfehle meine

reichhaltige Auswahl

in

Spielwaren.

Josef Schwan, Hachenburg

Bettmatten

Befreiung garantiert sofort
Alter und Geschlecht angeben

Auskunft umsonst.

Inst. Englbrecht,

München 840,

Kapuzinerstr. 9.

Mädchen

per sofort gesucht.

Frau Therese

Sondheim Wwe.,

Gießen, Rordanlage 11.

Gutes

Heu und Stroh

zu kaufen gesucht.

Gustav Berger & Cie.

Hachenburg.

Bettmatten

Alter u. Geschlecht angeben.

Auskunft umsonst.

Versandhaus Wohlfahrt

München 999, Isabellastr. 12

Besichtigen Sie bitte unsere

Spielwaren-Ausstellung.

E. Rosenau :: Hachenburg.